

V0813/25

Wirtschaftsförderung durch Entlastung für Unternehmen
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.11.2025-

Antrag:

ein wichtiger Aspekt der Wirtschaftsförderung ist es, Unternehmen den Rücken freizuhalten, indem eine möglichst unbürokratische, schnelle und wirtschaftsfreundliche Bearbeitung von Anliegen gewährleistet ist.

Als Ergänzung zum bereits bestehenden Unternehmensservice stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden **Antrag**:

1.
Wirtschaftsreferat bzw. IFG schaffen planstellenneutral durch Aufgabenbündelung Stellen, die ausschließlich dazu dienen, Anliegen von Unternehmen innerhalb der Stadtverwaltung oder der Beteiligungsunternehmen wirtschaftsfördernd und beschleunigt zu bearbeiten.
2.
Dieser Service wird in Zusammenarbeit mit Interessensvertretern der ansässigen Unternehmen entwickelt und beworben.
3.
Die kreisfreie Stadt Ingolstadt bewirbt sich als Modellkommune für Bürokratieabbau.

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	04.02.2026	Vorberatung
Stadtrat	11.02.2026	Entscheidung

Stadtrat vom 11.02.2026

Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion V0764/25, der SPD-Stadtratsfraktion V0813/25, die Stellungnahme der Verwaltung V0053/26 und die Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Modellregion, werden gemeinsam behandelt.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld merkt an, dass er das Thema positiv aufnehme und es in Zukunft verstärkt werden solle. Aus Sicht der Wirtschaft schlägt er vor, das Thema ernst zu nehmen und in der Verwaltung zu konkretisieren. Er weist darauf hin, dass die Verbände und Kammern immer wieder darauf hinweisen, dass die Bürokratie sie ausbremse. Insofern regt Herr Prof. Dr. Rosenfeld an, gemeinsam mit der IHK und der HWK ein Programm aufzulegen, um die Schmerzpunkte der Unternehmen in Kontakt mit der Kernverwaltung, zu identifizieren und zu beheben. Er weist darauf hin, dass man bereits im Austausch mit der IHK und der HWK sei. Beide Einrichtungen beginnen im nächsten Monat mit der Befragung

ihrer Mitgliedsunternehmen. Das Thema werde auch seitens des Oberbürgermeisters beim Wirtschaftsbeirat besprochen werden. Hierzu habe auch der bayerische Beauftragte für Bürokratieabbau sein Kommen zugesagt. Ein Stück weit unabhängig, aber aufbauend darauf sei die Idee, sich als Modellregion zu bewerben. Herr Prof. Dr. Rosenfeld verweist auf das neue bayerische Modellregion-Gesetz, welches ermögliche, bestimmte Landesgesetze oder Landesverordnungen versuchsweise auszusetzen. Er schlägt vor, auf Basis der Erkenntnisse des Austauschs mit den Unternehmen zu versuchen, sich für die Modellregion zu bewerben. In erster Linie sollen dabei Prozesse mit Unternehmen in den Vordergrund gestellt werden. Mit der Bewerbung zur Modellregion könne man eine Alleinstellung erwerben. Ein gemeinsamer Vorschlag der Verwaltung sei hier sinnvoll.

Nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Kern müssten erst die Bewerbungskriterien geprüft werden.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld informiert, dass noch nicht klar sei, nach welchen Kriterien ausgesucht werde. Die IHK setze sich hier für Transparenz ein. Sinnvoll sei eine gute Vorbereitung, um danach final entscheiden zu können, ob eine Bewerbung Sinn mache.

Stadtrat Lipp merkt an, dass Wirtschaftsförderung ein wichtiges Thema sei. Vor allem in der Krise müsse man diesem Thema eine Chance geben. Er zeigt sich erfreut über die Darstellung der SPD.

Stadtrat Witty verweist auf das Thema Modellregion zum Bürokratieabbau und verweist hierzu auf zwei Ziele. Zum einen sei die übergeordnete Bürokratie abzubauen und zum anderen, müsse ein Signal an die ansässigen Unternehmen und die, die man nach Ingolstadt locken wolle, gegeben werden. Offen sei noch die Frage, ob sich Ingolstadt als Modellregion bewerbe, wenn sich ein erforderliches Konzept mit vertretbarem Aufwand erstellen lasse. Stadtrat Witty verweist hier auf die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters, mit dem Hinweis, dass sich Ingolstadt als Modellregion bewerbe. Insofern erkundigt er sich zum aktuellen Sachstand.

Oberbürgermeister Dr. Kern merkt an, dass es sich um einen Gesetzentwurf handelt. Die Zugangsvoraussetzungen und Rahmenbedingungen seien noch nicht bekannt. Dieses Thema werde aber mit großer Priorität, aber auch mit vertretbarem Aufwand angegangen. Es gehe nicht nur darum beim Programm dabei zu sein, sondern auch um den Spirit.

Für Stadtrat Grob sei die Bewerbung eine Herzensangelegenheit. Wie bereits im VPA mitgeteilt, kämpfe der Freistaat darum, Bürokratie abzubauen und effizienter zu werden. Es seien bereits insgesamt 700 Bestimmungen und Gesetze im Beamtenrecht entschlackt worden. Es sei aber bekannt, dass bei den unteren Verwaltungsebenen noch nicht so viel angekommen sei. Insofern sei es wichtig, dass die jeweiligen Sachgebiete der Ämter hier mitgenommen werden. Dies sei auch der inständige Wunsch im Sinne der Bürger und im Sinne für eine effiziente Verwaltung. Ein wichtiger Aspekt sei auch eine effiziente Zugangsvoraussetzung für Wissen, Wirtschaft, Handel und auch für das Handwerk. Stadtrat Grob merkt an, dass Bürokratie per se nichts Schlechtes sei. Es dürfe aber nur so viel wie nötig sein, damit man schneller und günstiger werde. Hierzu verweist er auch auf den Nebeneffekt der Einsparpotentiale. Bei einem Zuschlag für die Stadt als Modellregion, bittet Stadtrat Grob, dass man im Sinne der bayerischen Bürokratieabbauinitiative hier mitmachen.

Dem könne man grundsätzlich zustimmen, so Stadtrat Stachel. Er betont, dass man den Effekt nicht dadurch erziele, dass irgendwelche Regularien von oben her vereinfacht werden,

sondern es tatsächlich die eigene Aufgabe sei zu prüfen, wo Effekte für die Verwaltung erzielt werden können. Hierzu verweist er auf das Thema Personal und Aufgabenkritik, wo automatische Effekte bei den Betrieben und Firmen erzielt werden. Stadtrat Stachel merkt an, dass ein Großbetrieb andere Bedürfnisse und Bürokratie, als ein kleiner habe. Insofern sei es wichtig, das ganze Spektrum zu betrachten. An der Stelle verweist er auf das Thema Ausnahmegenehmigungen im Bereich Verkehr. Dieses müsse dringend überarbeitet werden, denn hier sei vom Abbau keine Rede. Hier sei auch die angeschaffte Software nicht hilfreich gewesen, sondern habe dies eher verschlechtert.

Auch dies sei eine Stoßrichtung, die noch nicht genannt worden so, so Oberbürgermeister Dr. Kern. Nach einem Gespräch mit einem großen englischen Unternehmen habe dies gebeten, auch bei den großen Unternehmen eine Ideenabfrage zu starten.

Herr Kuch betont, dass er unter dem Aspekt Unternehmerfreundlichkeit und Wirtschaftsförderung das Thema gerne unterstütze. Aber besonders im Sinne der Haushaltskonsolidierung sei die Vereinfachung der Prozesse sinnvoll. Der Gesetzentwurf gehe eher davon aus, dass bestimmte landesrechtliche Vorschriften einfacher angewendet werden können. Die ersten Gespräche mit der IHK und den Vertretern aus dem Wirtschaftsreferat haben gezeigt, dass die Unternehmenseite, eher die internen Prozesse sehe. Diese haben nicht die Ansätze irgendwelche konkreten Gesetze oder Vorschriften abzuschaffen oder zu vereinfachen, sondern diese haben die Zielsetzung, die Prozesse aufzuzeigen, die innerhalb der Verwaltung im Moment suboptimal seien. Dies sei ein wichtiger Ansatz, wenn dies auch nicht unbedingt im Sinne des Gesetzgebers sei. Bei Betrachtung des Gesetzentwurfs werde eher auf die gesetzlichen Vorschriften abgezielt. Aus Sicht der Firmen sei es wichtiger, die Prozesse anzugehen.

Stadträtin Peters verweist auf das Thema Digitalisierung und merkt an, dass Ingolstadt hier sehr gut sei. Je schneller man damit vorankomme, desto besser werde man auch in diesem Projekt sein. Die Schwierigkeit bei diesem Vorhaben sei, die Datensammlung und Auswertung. Wenn man eine gute KI und eine gute Digitalisierung habe, erleichtere dies Statistiken zu erstellen und abzufragen. Diese Instrumente seien nötig, um sich in der Stadt weiterzuentwickeln und besser zu werden.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0053/26:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.